

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/194

Bonn, den 11. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeiler

1

So vergeht der Ruhm...

45

Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung am Ende

Von Dr. med. Horst Schmidt, MdB

2 - 3

Kulturarbeit im Ausland (I)

105

Einblicke und Erfahrungen

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

4 - 5

Heesen eindeutig an der Spitze

102

Zukunftsbild der Schweizer "Prognos"-Gesellschaft  
kursiert in den Staatskanzleien als Geheimschrift

Von Dieter Lau

6 - 7

Speer und Schirsach

66

Von Dr. Bruno Kreisky

7

Taschenspielertrick

29

Werden Bayerns Wähler für Gummi verkauft?

+ + +

So vergeht der Ruhm...

Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung am Ende

Von Dr. med. Horst Schmiat, MdB

Immer häufiger ist in den letzten Wochen in Zusammenhang mit den Diskussionen über die Umbildung der Bundesregierung zu vernehmen, daß auch das 1961 mit so viel Vorschußlorbeeren gebildete Gesundheitsministerium wieder aufgelöst werden soll. Falls sich diese Gerüchte bewahrheiten, trägt in erster Linie die Gesundheitsministerin selbst die Schuld für die Auflösung ihres Ministeriums, denn sie hat es in den fünf Jahren ihrer Tätigkeit nicht verstanden, der Gesundheitspolitik die ihr zukommende Bedeutung zu verschaffen.

Viele Ursachen machen dieses Versagen deutlich; sie sind in erster Linie darin zu suchen, daß man seitens der Bundesregierung immer noch nicht die gesundheitspolitischen Notwendigkeiten unserer modernen Industriegesellschaft erkannt hat. Weder der dauernde Hinweis auf noch so viele in Arbeit befindliche Verordnungen auf dem Gesundheitssektor, noch die Klage über mangelnde Verfassungszuständigkeiten täuschen darüber hinweg, daß es der Gesundheitsministerin bis heute nicht gelungen ist, eine große gesundheitspolitische Konzeption vorzulegen, geschweige denn für Ordnung in eigenen Haus zu sorgen, denn:

- \* 1. Bisher sind immer noch nicht alle dem Bund nach dem Grundgesetz zustehenden gesundheitspolitischen Möglichkeiten ausgeschöpft.
- \* 2. Es sind weder Einflußnahmen noch Koordinationserfolge in anderen Ressorts der Regierung erkennbar, wenn dort Gesetze mit gesundheitspolitischen Aufgaben vorbereitet werden.
- \* 3. In gesundheitspolitischen Fragen, die in die Zuständigkeit der Länder fallen, wurde bisher noch kein ernsthafter Versuch auf Ministerienebene unternommen, als lösungsnotwendig erkannte Probleme gemeinsam anzupacken und voranzutreiben.
- \* 4. Entscheidende gesundheitspolitische Initiativen gingen bisher immer vom Bundestag aus. Die wichtigsten ministeriellen Gesetzesvorlagen der letzten Legislaturperiode mußten vom Gesundheitsausschuß des Bundestages wegen Unzulänglichkeit völlig umgestaltet werden. In dieser Legislaturperiode liegt dem Parlament überhaupt noch nichts vor.
- \* 5. Wichtige Fragen, die auf dem Verordnungswege gemeinsam mit dem Bundesrat gelöst werden müssen, werden in nicht zu verantwortender Weise immer wieder vor sich her geschoben, weil das Ministerium nicht weiß, was es will.

Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, wenn die Tätigkeit der Gesundheitsministerin selbst in den Reihen ihrer eigenen Partei nicht sonderlich wertvoll eingeschätzt wird, wie die Gerüchte um die Regierungsumbildung zeigen. Man ist versucht, das Ganze als ein Intermezzo im Regierungskarussell der letzten Jahre zu glossieren, wenn nicht damit wertvolle Zeit verstrichen wäre, die uns an der Lösung der großen gesundheitspolitischen Aufgaben unserer Zeit weiter entfernt sieht als bei der Gründung des Ministeriums vor fünf Jahren.

## Kulturarbeit im Ausland (I)

### Eindrücke und Erfahrungen

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Gerade in den Tagen, in denen eine fünfköpfige Delegation der beiden Unterausschüsse des Bundestags für "Kulturarbeit im Ausland" von einer vierwöchigen Informationsreise aus Asien mit Eindrücken und Erkenntnissen zurückgekehrt sind, die zum Teil möglicherweise den gegenwärtigen Dirigenten unserer auswärtigen Kulturpolitik gar nicht gefallen werden, formiert sich im Auswärtigen Amt eine Gegenoffensive mit dem Ziel, die von Botschafter Sattler aus der absoluten Vormundschaft des AA und unserer jeweiligen Missionschefs im Ausland befreiten Trägerorganisationen unserer auswärtigen Kulturarbeit wieder in das alte Abhängigkeitsverhältnis zurückzuführen.

Der Außenminister, seine Staatssekretäre und der neue Leiter der Kulturabteilung, Ministerialdirektor Werz, können versichert sein, daß die Verwirklichung solcher Absichten nicht nur auf den Widerstand der SPD sondern vermutlich auch der mit diesen Fragen befaßten CDU-Politiker stoßen wird. Mehr als je zuvor haben die Mitglieder der soeben zurückgekehrten Delegation den Eindruck mit nach Hause genommen, daß Politik und Kultur in der dritten Welt eng miteinander verflochten sind, und daß die kulturellen Beziehungen, besonders aber die Vermittlung der deutschen Sprache, einen wichtigen Bestandteil der deutschen Außenpolitik darstellen. Ein Bestandteil, der wohl nachdrücklichster und verständnisvollster Förderung durch das AA und unserer Auslandsmissionen bedarf, aber auch einen weiten, unabhängigen und möglichst unbürokratischen Spielraum erfordert.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Delegation haben in diesem Zusammenhang einige Feststellungen treffen können.

- \* 1. Die offizielle deutsche Außenpolitik realisiert nur unzulänglich, daß Goetheinstitute, DAAD-Lektorate, Einrichtungen der Technischen Hilfe und Deutsche wissenschaftliche Institute oft eine für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Gastland der deutschen diplomatischen Vertretung durchaus gleichrangige Rolle spielen;
- \* 2. Eifer und Einsatzbereitschaft des größten Teils der Mitarbeiter dieser Einrichtungen werden durch Administrationswirrwarr in Bonn und bürokratische Schwerfälligkeit gebremst und gehemmt; viele Chancen einer noch immer möglichen weitreichenden Vertiefung der kulturellen Beziehungen zwischen dem Gastland und Bonn verstreichen ungenutzt;
- \* 3. neuerdings im AA vorherrschende Meinung, man könne die Goetheinstitute getrost wieder zu nachgeordneten Dienststellen der Botschaften machen, die Angestellten der Goetheinstitute dabei aber weiterhin im Status von Angestellten einer privaten Organisation belassen, wird zu einem Schiffbruch unserer auswärtigen Kulturpolitik führen.

Nur selten vereinen sich die zahlreichen Organisationen, die im weitesten Sinne kulturelle Auslandsarbeit verrichten, zu organischer Zusammenarbeit, wie zum Beispiel in Afghanistan, wo, von Ausnahmen abgesehen, ein hohes Maß fruchtbarer Zusammenwirkens zur Fundamentierung einer Sympathie zwischen zwei Ländern geführt hat - die anderswo noch

als schwer erreichbares Fernziel erscheint, obwohl die Bande traditioneller kultureller Verflechtung und Begegnungen beträchtlich weiter in die Vergangenheit zurückreichen.

Vieles von der vor Wochen gegen die Kulturarbeit des AA erhobenen Kritik fand sich bestätigt. So die Feststellung, daß die Ernennung junger, oft übrigens ungewöhnlich tüchtiger und bemühter Karrierebeamter des auswärtigen Dienstes zu Kulturattachés zwar tüchtige Kulturadministratoren schafft - aber eben nicht mehr. Keine fundierte Kenntnisse zum Beispiel in asiatischen Landessprachen sind ein Mangel, der sich wie ein roter Faden durch die beamtete Kulturarbeit des AA zieht.

Häufig sind auch junge Legationsräte einfach nicht die passenden Gesprächspartner für Universitätsdekane und Rektoren oder gar Erziehungsminister und deren Staatssekretäre gerade in Asien. Die Erfahrung, daß im Auslandsdienst erfahrene Philologen als Leiter von Goetheinstituten intimeren Zugang zu den führenden Persönlichkeiten des kulturellen Lebens im Gastland haben und größere Achtung genießen, hat sich auch auf dieser Reise gezeigt. Die Personalpolitik des AA im Bereich der auswärtigen Kulturarbeit ist weitgehend verfehlt und geht von administrativen nicht aber von kulturpolitisch relevanten Überlegungen aus. In einem für die Bundesrepublik verhältnismäßig so wichtigen Land wie Persien, verwaltet der Kulturattache zusätzlich noch das Ressort "Protokoll" und "technische Hilfe". Angesichts der zahlreichen kulturellen Probleme zwischen dem Iran und der BRD (über 7 000 persische Studenten studieren bei uns) ist das Unfug.

Infolge der größeren Erfahrungen und der besseren Sprachkenntnisse ihrer Mitarbeiter sind die Goetheinstitute lebendige Kontaktstellen zu Vertretern von Bevölkerungsschichten, zu denen unsere Botschaften und ihre Mitarbeiter schon seit längerem keine ständige Fühlungnahme mehr haben.

#### Ingereinheiten

Daß die Tätigkeit von Beamten des AA, von Angestellten des Goetheinstituts, des DAAD, von sogenannten Experten und Spezialisten der Technischen Hilfe, die Angestellte der GAWI sind und von Entwicklungshelfern des DAAD sich häufig überschneidet und gelegentlich Deutsche, die einen halben Dutzend verschiedener Organisationen, mit verschiedenen Gehalts- und Versorgungsregelungen, Privilegien und Status angehören, nebeneinander die gleiche Arbeit verrichten, gehört weiterhin zu den seit Jahren beanstandeten Ungereinheiten unserer auswärtigen Kulturpolitik. Schlimmer als das ist jedoch, daß bei zahlreichen, kulturpolitisch bedeutsamen Unternehmungen der technischen Hilfe offenbar so gut wie keine politische Koordination mit dem AA besteht.

Das mangelnde Einfühlungsvermögen des BMZ für eine Reihe von politischen Aspekten seiner kulturpolitischen Auslandsunternehmen ist bedenklich. Vor allem die Neigung, Experten abzuberufen und mühsam aufgebauete und dank deutscher Mitarbeit vorbildlich funktionierende Ausbildungsstätten aus administrativen Gründen der Gastland in eigene Regie zu übergeben, selbst wenn dieses das Verbleiben deutscher Experten vorzuzieht. In unserer gegenwärtigen Situation schwächt dieses Tun meistens die Infrastruktur unserer Beziehungen in dem betreffenden Land, weil fast regelmäßig ein anderes Land in diese von Deutschland aufgegebenen Positionen einrückt. So beabsichtigt zum Beispiel das BMZ in Kürze die seit über 40 Jahren unter deutscher Leitung stehende Gewerbeschule in Teheran zu einem Zeitpunkt gänzlich in persische Hände zu übergeben, in dem die persische Regierung den an dieser Schule wirkenden Fachkräften die Beratung und Leitung des im Aufbau begriffenen gesamten persischen Gewerbeschulwesens übertragen möchte.

## Hessen eindeutig an der Spitze

Zukunftsbild der Schweizer "Prognos"-Gesellschaft  
kursiert in den Staatskanzleien als Geheimschrift

\* Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn bekam aus der Schweiz \*  
\* bestätigt, daß er die Entwicklung seines Landes - wie sie in \*  
\* dem 1965 veröffentlichten Großen Hessenplan dargelegt ist - \*  
\* richtig eingeschätzt hat. Wenn sich die Computer nicht verrechnen \*  
\* net haben, wird es sich in den nächsten Jahren von "rotem \*  
\* sterland" zum "goldenen Hessen" mausern. Zinn verhielt der hessischen \*  
\* Bevölkerung in dem für die Zeit bis 1975 ausgerichteten \*  
\* ten Plan eine gesicherte Zukunft. Nun prophezeite die Baseler \*  
\* Gesellschaft für Wirtschaftsforschung "Prognos AG" sogar, daß \*  
\* Hessen "dank seiner Vorteile in der Infrastruktur eindeutig an \*  
\* der Spitze aller Länder" rangieren werde.

DL - Die rosige bis goldene Prognose aus der Schweiz entstammt dem Tabellenband "Die Bundesrepublik Deutschland 1980". Die Analyse und Prognose der Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung kostet pro Exemplar 2 800 DM. Bis Ende 1968 darf das Zukunftsbild der eidgenössischen Experten weder in öffentlichen Bibliotheken ausgeliehen noch offiziell weitergegeben werden. Als Geheimschrift kursiert es, begehrt wie ein Bestseller, in den westdeutschen Staatskanzleien, den einen Landesvätern zur Freude, den anderen zum Leid.

Unter der Voraussetzung, daß sich die Wirtschaft ungestört entwickeln kann, verheißen die "Prognos"-Propheten der Bundesrepublik auch in den nächsten Jahren wachsenden Wohlstand. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erhöht sich, wenn man die Preise von 1954 zugrunde legt, von 4.792 DM im Jahr 1961 auf 9 320 DM in Jahre 1980. "Prognos" schätzt die durchschnittliche reale Zuwachsrate auf jährlich 4,5 bis 5 Prozent.

### Je nach Industriezweigen

Das Wohlstandswachstum wird nach Meinung des Instituts von denjenigen Industrien bestimmt, die überdurchschnittliche Zukunftschancen haben, nämlich von denen der Kunststoffverarbeitung, der Mineralölverarbeitung, der Chemie, der Elektrotechnik, der Papier- und Pappeverarbeitung, der Metallindustrie, des Fahrzeugbaus und der Kautschuk- und Asbestverarbeitung. Weniger gute Aussichten haben dagegen nach dem "Prognos"-Report die Branchen Schiffsbau, Bergbau, Lederindustrie, Sägewerke und Holzverarbeitung, feinkeramische Industrie, Bekleidungs- und Textilindustrie.

Die Schweizer Untersuchung hat jedoch nicht allein den Trend in der gesamten Bundesrepublik im Auge. Sie differenziert das Wohlstandsgefüge der Bundesländer: Länder, in denen, volkswirtschaftlich gesehen, wachstumsintensive Wirtschaftszweige oder Unternehmen dominieren, haben in der Regel eine überdurchschnittliche Entwicklung, während Länder mit einem Übergewicht von stagnierenden Wirtschaftszweigen mit einer weniger erfreulichen Entwicklung rechnen müssen.

Demnach wird das industrie- und volkreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen bis 1980 seine wirtschaftliche Spitzenstellung einbüßen und auch das Saarland sowie die drei Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin werden gegenüber den anderen Ländern zurückfallen.

### Hort des Wohlstandes

"Typische Wachstumsländer" in der Spitzengruppe sind Hessen, dieses geradezu als Hort des Wohlstandes sowie Bayern und Baden-Württemberg. Zwei-

schon diesen beiden Ländern erwartet man in der Schweiz ein "Kopf-an-Kopf-Rennen", das jedoch bis 1980 von Baden-Württemberg knapp gewonnen werden wird. Immerhin soll Bayern, das gegenwärtig noch aus dem Länderfinanzausgleich unterstützt wird, zu einer wirklichen Industriemacht gedeihen, da die Industriensiedlung in den Branchen Elektrotechnik, Maschinenbau, Chemie und Mineralölverarbeitung auf vollen Touren läuft.

In "Mittelfeld der Entwicklung" rangieren die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und zum Teil auch Rheinland-Pfalz, in dem noch immer die relativ meisten Menschen von der Land- und Forstwirtschaft leben. Den Abfall Nordrhein-Westfalens und den Aufstieg Hessens sowie die Platzierung der übrigen Bundesländer begründen die Forscher mit der Zusammensetzung der Industriebranchen und dem Stand der Infrastruktur.

Hessen und die beiden übrigen Wachstumsländer verfügen über die beste Mischung von Unternehmen mit Zukunftschancen. Nordrhein-Westfalen und das Saarland werden dagegen durch die ungünstige Infrastruktur und den hohen Anteil an Bergbau und eisenschaffender Industrie gehemmt. In Bremen und Hamburg läßt die Situation der Werften dem Baseler Forschungsteam die wirtschaftlichen Aussichten nicht allzu rosig erscheinen. In Berlin kann der hohe Anteil der zukunftssträchtigen Elektroindustrie "zahlreiche Hemmnisse" nicht wettmachen, "die sich aus der besonderen politischen und geographischen Lage ergeben".

Mit ihrer wirtschaftlichen Leistung soll also die Bevölkerung Hessens bis 1980 die Spitze innerhalb der Flächenstaaten einnehmen und Nordrhein-Westfalen überflügeln. In Hessen erwirtschaftete 1965 jeder Einwohner im Durchschnitt ein Bruttoinlandsprodukt von 7 973 DM. 1980 soll dieser Betrag laut "Prognos" bei 10 660 DM liegen. In Nordrhein-Westfalen, das 1965 noch um 17 DM je Einwohner führte, soll der Betrag jedoch nur auf 9 340 DM wachsen.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird begünstigt durch Maßnahmen der Infrastruktur, die als "Köder" für Industriensiedlungen dienen. Hier liegt offensichtlich das wichtigste Betätigungsfeld der auf Wohlstand ausgerichteten Landespolitik. Ministerpräsident Zinn weist in dem "Kernstück seiner Regierungsarbeit", dem Großen Hesseplan, ähnlich wie die "Prognos"-Studie, darauf hin: "Wegen der beschränkten Verhältnisse und Möglichkeiten eines Landes ist dabei in erster Linie an die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Hebung der sozialen Sicherheit durch systematischen Ausbau der Gemeinschaftseinrichtungen in Stadt und Land gedacht." - Was den Bau von Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern und Straßen angeht, gilt Hessen laut "Prognos" als Vorbild. Die Landesregierung, die schon seit Jahren krisenanfällige Branchen, wie die Textilindustrie im Norden des Landes nicht mehr von Staats wegen gefördert hat, konnte Werke der Fahrzeugbauindustrie, der Chemie und Metallverarbeitung zusätzlich in Hessen ansiedeln, und zwar aufgrund eines reichen Angebots guter Wohnungen, Schulen und Straßen.

#### Anziehendes Land

Daß die Menschen in den "Bundesländern der Zukunft", nämlich im Süden, nicht nur gern Geld verdienen, sondern auch gut leben wollen, zeigt sich nach den Untersuchungen des Baseler Instituts an der "steigenden Mobilität der inländischen Erwerbspersonen". So verließen von 1960 bis 1965 Nordrhein-Westfalen 146 000 Menschen, als neu hinzuzogen. Hessen zog in dieser Zeit 10 000 Bürger mehr an, als es abgab. - Ministerpräsident Zinn, dessen Land vor "Prognos" ein gutes Zeugnis bekam, ist die Aussicht, daß manche reiche Region der Bundesrepublik, die bisher den Topf des Länderfinanzausgleichs füllen half, künftig dessen Fürsorge in Anspruch nehmen muß, nicht recht gekauert: "Wir sind daran interessiert, daß es auch anderen Ländern besser geht", meint er, "denn die Entwicklung in Hessen hängt von der in anderen Ländern ab".

## Speer und Schirach

---

Von Dr. Bruno Kreisky

Am 1. Oktober sind Schirach und Speer, zwei der Angeklagten des "grössten Prozesses der Geschichte", nach zwanzig Jahren Haft entlassen worden. Zwanzig Jahre eingesperrt zu sein, das ist eine furchtbar schwere Strafe, und man kann sich gut denken, dass für so manchen die schwerste Strafe leichter gewesen wäre. Als Schirach seine Verteidigungsrede beendete, sagte er: "Tragen Sie, meine Herren Richter, durch Ihr Urteil dazu bei, für die junge Generation eine Atmosphäre der gegenseitigen Achtung zu schaffen, die frei ist von Hass und Rache". Gewiss, man könnte die Frage stellen, ob der Mann, dem während mehr als zehn Jahren das Schicksal der Generation Deutschlands anvertraut war, sich um die Schaffung einer solchen Atmosphäre bemüht hat. Aber was soll eine solche Frage? Sie könnte nur rhetorischer Art sein, und als solche bedürfte sie keiner Antwort. Speer, der Architekt, sagte in seiner Schlussverantwortung: "Die Welt aber wird aus dem Geschehen lernen, die Diktatur als Staatsform nicht nur zu hassen, sondern zu fürchten".

Damals, als diese Worte gesprochen wurden, war sich die Welt angesichts der ungeheuerlichen Ruinenfelder, der Millionen Toten und Invaliden klar über das Geschehen. Steht diese grässliche Gewissheit aber auch heute noch mit ganzer Klarheit vor uns? Gibt es nicht da und dort wieder den einen oder anderen, für welchen die Dinge weit in den Hintergrund getreten, in Vergessenheit versunken sind? Oder gar Leute, die damit spekulieren, dass sie es sind?

Die beiden Männer, welche am 1. Oktober ihre Strafe verbüsst haben, welche eine schwere gewesen ist, sind nun ins bürgerliche Leben zurückgekehrt. Es wird ihnen nicht schlecht gehen. Der eine tritt eine grössere Erbschaft nach seiner amerikanischen Mutter an, der zweite wird sicher Arbeit finden. Sie werden sich hoffentlich an die Sätze, welche wir oben zitierten, wo sie in Freiheit und vielleicht in ihrer alten Umgebung sind, wieder erinnern. Das wäre sehr nützlich, vor allem für ihre Umgebung.

Der Schreiber dieser Zeilen war sich von Anfang an - also schon im Jahre 1945 - darüber im klaren, dass diese furchtbare politische Fehlorientierung grosser Gruppen von Menschen in Deutschland und Österreich nicht durch harte Strafen bekämpft werden kann. Die Demokratie muss jedem Menschen das Recht einräumen, und ihm die Möglichkeit geben, seinen politischen Irrtum zu korrigieren. Was um so wichtiger ist, weil es ja für eine solche politische Fehlorientierung, wie wir sie in den dreissiger Jahren erlebt haben, Gründe gibt, die nur jene richtig beurteilen können, die wissen, wie sehr die Not dieser Zeit der wirkliche Verführer gewesen ist, und dass die Führer und ihre Helfershelfer nur ihre Profiteure waren.

So sehr wir also glauben, dass jedem das Recht auf politischen Irrtum zustehen soll, glauben wir auf der anderen Seite, dass der Präsident des deutschen Juristentages, Dr. Ernst Friesenhahn, und die Grosszahl hervorragender deutscher Juristen, die von einigen

Tagen beim deutschen Juristentag sich ausführlich mit der Frage der weiteren Verfolgung der Verbrechen aus dieser Zeit befasst haben, im Recht sind, wenn sie als wichtigste Richtlinie folgendes aufstellen; "Töter ist auf jeden Fall, ohne Rücksicht auf seine Beweggründe, wer ohne konkreten Befehl getötet hat, wer mehr getan hat, als ihm befohlen war, und wer als Befehlsggeber mit selbständiger Entscheidungsgewalt oder eigenem Ermessensspielraum zu töten befohlen hat". Das ist so mehr, als bei demselben Juristentag die Feststellung gemacht wurde, dass "trotz umfangreicher Nachforschungen bis heute kein einziger Fall nachgewiesen wurde, in dem ein Angehöriger der SS oder der Polizei, der sich geweigert hatte, Menschen zu töten, einer Repressalie gegen Leib und Leben ausgesetzt gewesen sei".

Benützen wir also diesen Anlass der Entlassung Schirachs und Speers dazu, uns wieder einmal klar darüber zu werden, dass die Demokratie ein hohes Mass an Toleranz an den Tag legen muss, vor allem dann, wenn sie stark ist. Vergessen wir aber darüber nicht, dass die Tötung eines Menschen immer etwas Furchtbares bleibt, auch wenn sie millionenfach geschieht, und dass die Verurteilung des Mordes, wann und wo immer er geschah, die zentrale Aufgabe des Rechtsstaates sein muss.

+ + +

#### Taschenspielertrick

---

sp - Bayerns Christlichsoziale, in Bonn seit 1949 in der Schröghrich-Fraktion CDU/CSU auf Gedeh und Verderb mit den Christlichen Demokraten verbunden, spielen sich im bayerischen Wahlkampf immer so auf, als befinde sich die Strauss-Partei in Opposition gegen Ehrhard. Ein Musterbeispiel dafür hat auf dem Jugendforum der CSU, das schliesslich der Christlichsozialen Landesversammlung am vergangenen Wochenende stattfand, der der CSU angehörende Wirtschaftsminister Anton Scheel geliefert. Auf eine Frage nach der (von CDU-Verkehrsminister Seeborn angeregten) Erhöhung der Mineralölsteuer, hat Herr Scheel nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, erwidert: "man solle zuerst darauf bestehen, dass jeder Pfennig aus dieser Steuer dem Strassenbau zugute komme! Und er fügte hinzu: "Die Strassen von heute und morgen sind die Voraussetzungen für ein Gedeihen der Wirtschaft".

Herr Scheel hat nicht die Auffassung der CDU/CSU dargelegt, sondern Beifall mit den Argumenten der sozialdemokratischen Opposition eingeholt. Denn sicher ist es ihm nicht verborgen geblieben, dass CDU/CSU in den letzten Jahren wiederholt alle SPD-Anträge, die auf eine völlige oder wenigstens weitgehende Zweckbindung der Mineralölsteuer hinauslaufen, konsequent abgelehnt haben. Und gewiss weiss Minister Scheel, dass in dem auch von den fünf CSU-Ministern mitbeschlossenen Finanzplanungsgesetz die Zweckbindung der Mineralölsteuer für Strassenbauten um weitere 500 Millionen DM herabgesetzt werden soll. Wirtschaftsminister Scheel hat die fragenden jungen Menschen nicht informiert, sondern ihnen falsche Darstellungen gegeben. Denn er hat nicht hinzugefügt, dass seine Angaben den Vorstellungen der SPD im Bund und in Bayern entsprechen und im Widerspruch zur offiziellen Politik von CDU und CSU stehen. Das ist keine Darstellung politischer Auffassungen, das sind politische Taschenspielertricks!